

# Glarner Anbindung an Zürich und St. Gallen

Beitritt zum Tarifverbund Ostwind des öffentlichen Verkehrs und damit auch zum Z-Pass

Auf den Fahrplanwechsel vom kommenden 15. Dezember wird der Kanton Glarus in den Ostschweizer Tarifverbund Ostwind integriert. Gleichzeitig erfolgt die Aufnahme in den Z-Pass der Region Zürich.

Jörg Krummenacher, Glarus

Diskussions- und oppositionslos stimmte die Glarner Landsgemeinde im Mai 2012 dem Beitritt zum Tarifverbund Ostwind zu, dem bis anhin die Kantone St. Gallen, Thurgau und beide Appenzell angehören. Zweck war vor allem die Einführung eines einfacheren und attraktiveren Billettsystems für den öffentlichen Verkehr Richtung Zürich. Denn der Beitritt zu Ostwind bringt dem Glarnerland auch die Aufnahme in den Z-Pass, den Tarifverbund für den Wirtschafts- und Lebensraum Zürich. Zudem werden diverse Billette dadurch günstiger. Das freut die Pendler, aber auch die Zürcher, die etwa in Braunwald oder Elm Ski fahren wollen.

## «Es rumort gewaltig»

Der Kanton Glarus wendet für die Aufnahme in den Tarifverbund 400 000 Franken an Einführungskosten sowie

## 20 SCHWEIZER TARIFVERBUNDE

P. S. · Mit Glarus tritt der drittletzte Kanton einem der zwanzig seit den 1980er Jahren geschaffenen Tarifverbunde in der Schweiz bei. Abseits stehen nun noch Uri und Wallis. Solche Verbunde bezwecken zweierlei: den Bezug von Abonnements über die Grenzen der Transportunternehmen hinaus sowie die tarifliche Integration des Nahverkehrs. Mittlerweile stellt sich die Frage der gesamtschweizerischen Integration all dieser regionalen Integrationen.

jährlich wiederkehrend rund 600 000 Franken zur Kompensation der Einnahmefälle auf. Für den Glarner Bau- und Umweltdirektor Röbi Marti ist das gut investiertes Geld: «Ab dem 15. Dezember rumort es gewaltig im ÖV-System des Kantons Glarus», freute er sich anlässlich der Präsentation des auf den Fahrplanwechsel wirksam werdenden Tarifverbunds.

Der Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker und sein sankt-gallischer Kollege Willi Haag hiessen die Glarner herzlich willkommen, die künftig also innerhalb des grössten Schweizer ÖV-

Verbunds kein Ticket mehr von A nach B, sondern für eine Anzahl Zonen kaufen werden.

## Gratis nach Braunwald?

Im Detail gab oder gibt es aber doch einige Knacknüsse zu lösen. So sollte erst die Einteilung in Tarifzonen analog zu den drei Gemeinden erfolgen, was dann allerdings zu hohe Ausgleichszahlungen durch den Kanton zur Folge gehabt hätte. Nun sind die Tarifzonen je nachdem grösser oder feinmaschiger gestrickt – entsprechend der Dichte des

ÖV-Angebots. Das führt zum durchaus erwünschten Effekt, dass Randregionen, etwa Glarus Süd, günstiger fahren.

Nicht zufrieden ist indes Braunwald, das mangels Strassenanbindung nur durch eine Standseilbahn erschlossen ist. Dass sich die Bahn nun gleich über drei Tarifzonen erstrecken und damit vergleichsweise teuer sein soll, hat nicht nur zu Kritik wegen «willkürlicher Benachteiligung» geführt, sondern gleich auch zu einem Memorialsantrag, über den die Landsgemeinde 2014 entschieden wird. Er verlangt, dass die Bahn für jedermann kostenlos sein werde.



Die Verbindung von Glarus nach Zürich – im Bild die Linthebene – wird einfacher.

MARTIN RUETSCHI / KEYSTONE

## Skos-Präsident kündigt Rücktritt an

Walter Schmid gibt Ehrenamt ab

msc. · Der Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) hat am Montag seinen Rücktritt angekündigt. Walter Schmid stellt sein Amt bei der nächsten Mitgliederversammlung, die im nächsten Mai stattfindet, zur Verfügung. Schmid wird dann 15 Jahre als Präsident der Skos gewirkt haben. In seinem Rücktrittsschreiben nennt er die Abgabe des zeitintensiven Ehrenamtes nach 15 Jahren einen Akt der Vernunft. Es sei ihm ein Anliegen gewesen, so der 60-jährige Schmid weiter, die Sozialhilfe als tragfähiges, wirksames und faires soziales Sicherungssystem zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dabei habe er die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit geschätzt.

Obwohl die Sozialhilfe kantonal geregelt ist, stand Schmid, sozusagen als «Mister Sozialhilfe», immer wieder unter Beschuss von Kritikern, die sich nicht nur an einem in ihren Augen zu ausgebauten Sozialstaat, sondern auch an der immer wichtigeren Rolle der Skos und deren Sozialhilfe-Richtlinien rieben. Schmid bot auch deshalb Angriffsfläche, weil er sich den Medien gern zur Verfügung stellte. Doch zuletzt, auch nach einigen wenigen Austritten von Gemeinden aus der Skos, schien ihm diese Exponiertheit doch zu schaffen zu machen. – Eine Findungskommission ist bereits eingesetzt.

## IN KÜRZE

### Sorgerecht vielleicht erst ab 2015

(sda) · Künftig sollen Eltern bei der Scheidung gemeinsam das Sorgerecht erhalten. Das hat das Parlament im letzten Sommer beschlossen. Die Umsetzung könnte sich nun aber verzögern: Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden der Kantone verlangen mehr Zeit für die Vorbereitung. In einem Brief an Justizministerin Simonetta Sommaruga verlangt die Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz, das neue Sorgerecht statt wie geplant 2014 erst auf Anfang 2015 in Kraft zu setzen. Das berichtete die Nachrichtensendung «10vor10» des Schweizer Fernsehens SRF.

### Rheinminister setzen ambitionierte Ziele

(sda) · Bis 2020 soll die Fischdurchgängigkeit des Rheines wiederhergestellt sein. Lachse sollen dann die Rheinzufüsse im Raum Basel wieder erreichen. Die 15. Rheinministerkonferenz legte diesen Zeitplan in Basel vor. Bundesrätin Doris Leuthard bezeichnete die angestrebten Ziele als ambitioniert. Rund 800 Kilometer Uferlinie müssen ökologisch aufgewertet werden. Die acht Staaten im Rheineinzugsgebiet sowie die Vertreter der EU, die an der Konferenz teilnahmen, wollen auch die Mikroverunreinigungen im Rhein bekämpfen. Dazu müssen moderne Kläranlagen gebaut werden. Zudem soll der Hochwasserschutz verbessert werden.

### Erleichterte Einreise in Australien

(sda) · Zum Abschluss seiner Pazifik-Reise ist Bundesrat Didier Burkhalter am Montag in Canberra von der australischen Aussenministerin Julie Bishop empfangen worden. Die beiden Politiker vereinbarten dabei die Intensivierung des Dialogs auf Ministeriebene. Burkhalter habe signalisiert, dass die Schweiz auch weiterhin zu den Finanzdiskussionen auf internationaler Ebene, etwa im Rahmen der G-20, aktiv beitragen wolle. Australien übernimmt die Präsidentschaft der G-20. Die Schweiz hofft auf eine Einladung. Zurzeit ist sie Gast Russlands und kann an den Vorbereitungen der Beschlüsse mitwirken. Bishop kündigte an, Schweizer Staatsangehörigen die Passkontrolle in Australien zu erleichtern. Diese werde zukünftig elektronisch mit dem sogenannten Smartgate-System durchgeführt. Die Schweiz ist der erste nichtenglischsprachige Staat, der von dieser erleichterten Einreise profitiert.

## Verladeanlagen deblockieren

Gemeinsame Vorschläge von Verladern und Kantonen

Verlader und Kantone wollen, dass Logistikplattformen in der Schweiz weiterhin Platz haben. Sie wollen Bewilligungsverfahren direkt durch den Bund sowie Raum- und Verkehrsplanung unter einem Hut.

P. S. Bern · So sehr die Finanzierung des Ausbaus von Verkehrswegen politisch diskutiert wird: Auch die Umsetzung solcher Vorhaben gestaltet sich im dichtbesiedelten Land immer schwieriger. Besonders gilt das für Anlagen zum Verlad oder Umlad von Gütern. Entweder wehren sich betroffene Anwohner, oder Kantone deklarieren, sie hätten genug von grossen Flächen mit kleiner Wertschöpfung. Dadurch drohen Blockaden, die der Prosperität der Schweiz abträglich seien, klagen Interessenvertreter und Politiker.

## Abstimmung unter Kantonen

Am Montag präsentierte die Konferenz der kantonalen Direktoren für Volkswirtschaft, Bau und öffentlichen Verkehr, der Verband der verladenden Industrie, das Cargo-Forum Schweiz und der Logistik-Cluster Region Basel ein auf zwei Studien basierendes Papier mit 24 «Handlungsempfehlungen». Sie bekennen sich dort zu Komplementarität der Verkehrswege Strasse und Schiene und zu den konkretisierten oder angedachten neuen Finanzierungsinstrumenten. Ihre Kritik konzentriert sich auf die zu geringe Priorität, die dem Güterverkehr in beiden Fällen eingeräumt werde; das sei zu ändern.

Den bei Verladeanlagen identifizierten Blockaden soll auf zweierlei Weise

begegnet werden. Zum einen geloben die Kantone, künftig bei der Planung von Logistikplattformen nicht mehr gegeneinander, sondern Hand in Hand zu arbeiten. Diese Koordination soll auf die Planung der nationalen Verkehrswege durch den Bund abgestimmt werden. Ob daraus ein Masterplan resultiert oder ob lediglich die bisher in dieser Domäne oft ausgebliebenen Gespräche unter den Kantonen intensiviert werden, ist noch offen.

## Eisenbahnrecht als Hebel

Zum anderen will die Allianz aus Kantonen und Verladern die Plangenehmigungsverfahren für Logistikplattformen reformieren. «Angesichts der erheblichen Verkehrsauswirkungen», wie sie schreibt, sollen Anlagen mit direktem Schienenanschluss grundsätzlich nach eidgenössischem Eisenbahnrecht bewilligt werden, unabhängig davon, ob diese von einem Bahnunternehmen oder von jemand anderem errichtet werden. Kantone und Gemeinden wären dann nicht mehr Bewilligungsbehörden, sondern würden ihrerseits auf den Rechtsweg verwiesen. Nichtdeklariertes Ziel dieses Vorschlags ist es, regionale Diskussionen um Logistikeinrichtungen von der politischen auf die rechtliche Schiene zu verschieben.

Die Frage, die sich stellt, ist, ob das dem im Eisenbahngesetz verankerten Grundsatz entspricht, wonach der Bund direkt Genehmigungsverfahren abwickelt, die «ganz oder überwiegend dem Bau oder Betrieb einer Eisenbahn dienen». In Basel soll der Bau eines neuen Terminals für Schiene, Strasse und Wasser jedenfalls auf diese Weise abgewickelt werden, wie der Basler Bau- und Verkehrsdezernent Hanspeter Wessels ausführte.

## Krippen fördern Gleichstellung

Fremdbetreuung der Kinder erhöht Karrierechancen der Mütter

Eine Nationalfondsstudie zum Verhältnis von familienergänzender Kinderbetreuung und Gleichstellung zeigt, dass ein Zusammenhang zwischen den Betreuungsangeboten und den Arbeitspensen beider Elternteile besteht.

## Ein Platz pro zehn Kinder

Die Studie liefert erstmals einen landesweiten Überblick über die Versorgung mit familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten. Sie zeigt, dass das Angebot an Kindertagesstätten, Krippen, Tageschulen und ähnlichen familienergänzenden Betreuungsangeboten in der Schweiz relativ gering ist, wenn man es mit den Vorgaben der EU vergleicht. Durchschnittlich steht in der Schweiz für 11 Prozent der Kinder im Vorschulalter und 8 Prozent der Kinder im Schulalter ein Vollzeit-Betreuungsplatz zur Verfügung. Damit liegt das hiesige Betreuungsangebot weit hinter den Zielvorgaben der EU-Staaten zurück, die eine Quote von 33 Prozent für Kinder im Vorschulalter und 90 Prozent für Kinder im Schulalter vorsehen.

## Väter reduzieren Pensum

Ein Vergleich mehrerer deutschschweizerischer Gemeinden zeigt, dass sich die Erhöhung der Betreuungsplätze signifikant auf die Arbeitspensen sowohl der Mütter als auch der Väter auswirken würde. Eine Erhöhung der Krippenplätze hätte zur Folge, dass die Zahl der Vollzeit arbeitenden Mütter im gleichen Verhältnis steigen würde. Als bemerkenswert bezeichnen die Forscher das Resultat, dass gleichzeitig der Anteil der Vollzeit arbeitenden Männer ungefähr im selben Umfang sinken würde.

Die Autoren der Studie schliessen aus diesen Resultaten, dass die Betreuungsangebote einen wichtigen Beitrag für die Gleichstellung von Mann und Frau leisten könnten. «Wenn mehr Mütter in einem Vollzeitpensum erwerbs-

tätig sind, bedeutet dies, dass sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und sich denjenigen der Väter angleichen. Andererseits sind die reduzierten Erwerbspensen der Väter ein Hinweis darauf, dass die egalitäre oder partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit durch das Kinderbetreuungsangebot tendenziell begünstigt wird», so die Forschenden.

## Ein Platz pro zehn Kinder

Die Studie liefert erstmals einen landesweiten Überblick über die Versorgung mit familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten. Sie zeigt, dass das Angebot an Kindertagesstätten, Krippen, Tageschulen und ähnlichen familienergänzenden Betreuungsangeboten in der Schweiz relativ gering ist, wenn man es mit den Vorgaben der EU vergleicht. Durchschnittlich steht in der Schweiz für 11 Prozent der Kinder im Vorschulalter und 8 Prozent der Kinder im Schulalter ein Vollzeit-Betreuungsplatz zur Verfügung. Damit liegt das hiesige Betreuungsangebot weit hinter den Zielvorgaben der EU-Staaten zurück, die eine Quote von 33 Prozent für Kinder im Vorschulalter und 90 Prozent für Kinder im Schulalter vorsehen.

Die Studie offenbart grosse Unterschiede zwischen den Kantonen und Regionen. Am meisten Betreuungsangebote gibt es in der Romandie, in Basel-Stadt sowie in den Regionen Zürich und Zug. In der Zentral- und der Ostschweiz ist der Versorgungsgrad am tiefsten. Die Autoren der Studie fordern einen Ausbau des familienergänzenden Betreuungsangebots. Krippenplätze müssten in genügender Anzahl verfügbar, für alle zugänglich und von angemessener Qualität sein.